

Mulert, Oshas 4. 8

Signatur

Datum 20. Nov. 1927 192

12681-0001 000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 863

Mulert gegen Schacht.

Um die Finanzpolitik der Gemeinden.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

München, 19. Nov. Eine scharfe Erklärung gegen die Politik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hat der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert in der heutigen Sitzung des Bayerischen Städtebundes in München abgegeben. In einer mehrfach von starkem Beifall unterbrochenen Rede bemerkte Dr. Mulert gegen Schachts gestrige Ausführungen in Bochum:

Es ist bekannt, daß Schacht kein Freund der öffentlichen Wirtschaft ist und sie im Gegenteil lieber heute als morgen verschwinden sähe. Wenn Schacht sagt, es sei ein Unterschied, ob ein Privatwirtschaftler seine Haut zu Markt trage oder die Verwalter der öffentlichen Hand die Haut ihrer Steuerzahler, so zeigt das, daß Schacht die Dinge in ihrem Zusammenhange nicht sehen will. Die Behauptung Dr. Schachts über den Anteil der öffentlichen Hand von zweieinhalb Milliarden an den rund fünfeinhalb Milliarden langfristiger deutscher Auslandsanleihen ist nicht richtig. Ich stelle fest, daß der Anteil der Gemeinden an den Auslandsanleihen etwa zehn Prozent beträgt und somit recht bescheiden ist. Wenn Schacht behauptet, daß keine einzige kommunale Auslandsanleihe notwendig wäre, wenn die Städte Lurus- bzw. nicht dringliche Ausgaben unterlassen würden, so stelle ich fest: Die Lurusausgaben machen im Etat der Gemeinden nach den Erhebungen des Städtetages nur ein halbes Prozent aus. Ich begreife nicht, wie ein Mann, der im öffentlichen Leben steht, eine derartige Behauptung aufstellen kann. Wenn so etwas ein Mann sagen würde, der die Dinge nicht kennt, dann müßte man darüber die Achseln zucken; wenn es aber einer besser weiß und doch sagt, dann ist das einfach unbegreiflich. Ich glaube freilich nicht, daß Schacht jetzt anderer Meinung werden wird. Die Wirtschaft würde sich freilich wundern, wenn sich beim Ausscheiden der Kommunen aus der wirtschaftlichen Betätigung das Heer der Arbeitslosen nicht um Hunderttausende, sondern um Fünfhunderttausende vermehren würde.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen, indem er erklärte, sie würden Widerhall in ganz Deutschland und darüber hinaus finden.

12681_0002 000

Sonderbeilage Nr. 46 der „Deutschen Kurz-Post“ 1930, Charlottenburg 9



Phot.: Transocean

Dr. Oskar Mulert



Phot.: Transocean

Dr. Oskar Mulert

Präsident des Deutschen und des Preußischen Städtetags

Dr. Oskar Mulert

Präsident des Deutschen und des Preußischen Städtetages



Geb. 29. Dezember 1881 in Canditten (Ostpr.). Studium der Rechte an den Universitäten Königsberg und Tübingen. 1904 bis 1909 Gerichtsreferendar; 1909 bis 1912 Gerichtsassessor. 1912 Amtsrichter. 1919 Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat. 1920 Ministerialdirektor und Leiter der Kommunalabteilung im Preußischen Ministerium des Innern. Seit 1926 Präsident des Deutschen und des Preußischen Städtetags. Mitglied des Vorstands des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Enquete-Ausschusses und der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung; Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Der Deutsche Städtetag, dessen Präsident Dr. Mulert ist, die Spitzenorganisation der großen und mittleren deutschen Städte (insgesamt 390), dient der Förderung der ihm angeschlossenen Städte durch Erfahrungsaustausch und Auskunfterteilung, sowie der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Städte nach außen. Ganz ähnlich der Preußische Städtetag, der alle preußischen Städte mit mehr als 25 000 und viele mit über 10 000 Einwohnern umfaßt.

Die Haupttätigkeit des Präsidenten des Deutschen Städtetags besteht in der Stellungnahme zu allen Gesetzentwürfen und Verordnungen in Reich und Ländern vom Standpunkt der Städte aus.

Signature *P. Mulert, Hr. Ashar*

12681 0003

BEC

Datum 31. Mai 1933

Berliner Tageblatt

Nr. 251

Mulert beurlaubt

Der Beauftragte für die Vereinheitlichung der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Fiehler, hat am Dienstag, dem 30. Mai, den geschäftsführenden Präsidenten des deutschen und des preussischen Städtetages, Dr. Mulert, mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Mit der Geschäftsführung des deutschen und preussischen Städtetages ist vorläufig der kommissarische Leiter des kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, Dr. Jeserich, beauftragt worden.

Mulert, Dr. Oshas

Signatur 

Datum 13. Juni 1933

12681 0004 BEC

Weser-Zeitung (Bremen)

Nr. 297

Strafanzeige gegen Dr. Mulert

u. Berlin, 13. Juni.

Gegen den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, wurde durch das neue Präsidium des Deutschen Städtetages Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft I erstattet wegen Betruges bzw. Untreue zum Nachteil des Deutschen Städtetages.

Mulert hat seit dem Jahre 1931 einen Anspruch auf freie Dienstwohnung, oder, wenn er diese nicht beziehen sollte, auf Zahlung eines Wohnungsgeldes von 2500 Reichsmark. Er hat die Dienstwohnung nicht bezogen, sondern ließ sich das Wohnungsgeld auszahlen. Obwohl er demnach über die Dienstwohnung kein Verfügungsrecht mehr hatte, soll er diese dennoch zu Bürozweden vermietet und dafür eine jährliche Miete von 13 000 Reichsmark zwei Jahre lang bezogen haben. In der Anzeige wird Mulert ferner vorgeworfen, daß er über Kredite, die dem Deutschen Städtetag eingeräumt worden waren, verfügt habe. Diese Anzeige wird von der Staatsanwaltschaft I einer eingehenden Nachprüfung unterzogen.

Signatur *P. Mulert, Dr. Bhaas*

Datum 14. Juni 1933

12681 0005 BEC

VÖLKISCHER BEOBACHTER (Berlin)
№ 185

Strafanzeige gegen Dr. Mulert

Berlin, 13. Juni.

Das neue Präsidium des Deutschen Städtetages hat gegen den früheren Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft I erstattet. In der Anklage wird Mulert der Untreue bzw. des Betruges zum Nachteil des Deutschen Städtetages beschuldigt.

Mulert hatte seit dem Jahre 1931 einen Anspruch auf freie Dienstwohnung oder, wenn er diese nicht beziehen wolle, auf Zahlung eines Wohnungsgeldes von 2500 Mark. Er hat die Dienstwohnung nicht bezogen, sondern ließ sich das Wohnungsgeld auszahlen. Obwohl er demnach über die Dienstwohnung kein Verfügungsrecht mehr hatte, soll er diese dennoch zu Büro zwecken vermietet haben und dafür eine jährliche Miete von 13 000 Mark zwei Jahre lang bezogen haben. In der Anzeige wird Mulert ferner vorgeworfen, daß er über Kredite, die dem Deutschen Städtetag eingeräumt waren, verfügt habe.

Signatur *P. Mulert, Dr. Ashar*

1 2 6 8 1 1 0006

BEC

Datum 1 4. Juni 1933

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 435

Strafanzeige gegen Dr. Mulert erstattet.

✠ Berlin, 13. Juni. Das neue Präsidium des Deutschen Städtetages hat gegen den früheren Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. In der Anklage wird Mulert der Untreue bzw. des Betruges zum Nachteil des Deutschen Städtetages beschuldigt.

Mulert hatte seit dem Jahre 1931 einen Anspruch auf freie Dienstwohnung oder, wenn er diese nicht beziehen wollte, auf Zahlung eines Wohnungsgeldes von 2500 Mark. Er hat die Dienstwohnung nicht bezogen, sondern ließ sich das Wohnungsgeld auszahlen. Obwohl er demnach über die Dienstwohnung kein Verfügungsrecht mehr hatte, soll er diese dennoch zu Bürozwecken vermietet und dafür eine jährliche Miete von 13 000 Mark zwei Jahre lang bezogen haben. In der Anzeige wird Mulert ferner vorgeworfen, daß er über Kredite, die dem Deutschen Städtetag eingeräumt waren, verfügt habe. Letztere Anzeige wird z. Bt. von der Staatsanwaltschaft einer eingehenden Nachprüfung unterzogen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Rechtsanwalt des Herrn Dr. Mulert eine Erklärung herausgegeben, in der er den strafbaren Tatbestand der doppelten Einkünfte aus der Dienstwohnung bestritt; ein Wohnungsgeld sei nicht gezahlt worden. Auch der Vorwurf der unkorrekten Verwendung von Krediten sei unzutreffend und hätte vor Erhebung der Anzeige geklärt werden können, wenn Dr. Mulert eine Gelegenheit zur Aufklärung geboten worden wäre.

Signatur *P. Mulert, Dr. Ashas*

Datum 16. Juni 1933

12681 0007 BEC

VÖLKISCHER BEOBACHTER (Berlin)

№ 167...

Das Strafverfahren gegen Präsident Dr. Mulert

Berlin, 15. Juni.

In einigen Zeitungen ist über die Angelegenheit der Strafanzeige gegen den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtetages Dr. Mulert eine von seinem Rechtsberater verfaßte Notiz erschienen. Die Notiz enthält eine starke Irreführung der Öffentlichkeit und zwingt daher den Deutschen Gemeindevorstand zu folgenden Feststellungen:

Dr. Mulert hatte vor den Notverordnungs-kürzungen Gesamtbezüge von jährlich etwa RM. 66 700,—. Auf Grund der Notverordnung vom 6. 10. 1931 hätte er gekürzt nur noch RM. 31 500,— Gehalt und etwa RM. 2 600,— Wohnungsgeld bekommen dürfen. Die Notverordnung schreibt dies bei Angestellten von Körperschaften wie dem Deutschen Städtetag zwingend vor.

Dr. Mulert hatte sich daraufhin zwar einen jährlichen Barbezug von etwa RM. 31 500,— zahlen lassen, anstelle des Wohnungsgeldes von etwa RM. 2 600,— ließ er sich aber formell das seit vielen Jahren vom Deutschen Städtetag immer nur zu Bürozweden benutzte erste Stockwerk des Städtetages als Dienstwohnung zuweisen. Dr. Mulert hat jedoch diese Räume weder vorher noch nachher jemals bezogen, sondern er hat sie noch an demselben Tage rückwirkend dem Deutschen Städtetag für die gesetzliche Miete von RM. 13 500,— zurückvermietet. Dadurch erhielt er etwa RM. 10 900,— jährlich mehr als erlaubt war. Die Zuweisung der Dienstwohnung und Rückvermietung erfolgte zweifellos nur zur Umgehung der Notverordnung, sowie zum Schaden des Deutschen Städtetages und zum persönlichen Nutzen des Dr. Mulert. Dr. Mulert hat dadurch und durch weitere Außerachtlassungen von Kürzungsvorschriften insgesamt etwa 20 000,— Reichsmark mehr erhalten als ihm nach dem Gesetz zustand.

Abgesehen von einigen sonstigen kleineren Beanstandungen wurde durch die beim Deutschen Städtetag vorgenommene Revision auch noch festgestellt, daß Dr. Mulert von einem Kredit, der dem Deutschen Städtetag von einem öffentlichen Geldinstitut zu bestimmten Zwecken des Deutschen Städtetages eingeräumt worden war, im Herbst 1931 (also in einer Zeit größter Geldknappheit und der Illiquidität vieler Banken) RM. 60 000,— bar abheben ließ und dieses Geld einer Privatbank als Festgeld-

anlage zur Verfügung stellte. Mitinhaber dieser Privatbank ist der jüdische Schwager des Dr. Mulert.

Dr. Mulert wurde sofort, nachdem die Beanstandungen durch Revisoren festgestellt worden waren, bis auf weiteres beurlaubt. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übergeben.

Mulert, Fr. Präsident d.
St. u. Preuss. Städtetags
a. d.

Signatur

19. Juni 1933

Datum

1 2 6 8 1 1 0008

BEC

Hamburger Nachrichten

Nr. 280

Dr. Mulert fristlos entlassen.

Berlin, den 19. Juni.

Der Vorsitzende des Deutschen und des Preussischen Städtetages sowie der Führer des Deutschen Gemeindetages haben den Präsidenten Dr. Mulert aus seinem Dienstverhältnis zum Deutschen und Preussischen Städtetag fristlos entlassen. Durch die fristlose Entlassung wird das eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft nicht berührt.

Wie bereits vom Deutschen Gemeindetag mitgeteilt wurde, hat die Revision des Deutschen und des Preussischen Städtetages ergeben, daß der Präsident Dr. Mulert sich entgegen den gesetzlichen Bestimmungen durch einen Scheinvertrag über Diensträume einen Vorteil von annähernd 20 000 RM. verschafft hat. Präsident Dr. Mulert hat ferner einen dem Deutschen Städtetag von einem öffentlichen Geldinstitut zu bestimmten Zwecken eingeräumten Kredit zu einem Teilbetrag von 60 000 RM. dazu in Anspruch genommen, um dieses Geld einer Privatbank, deren Mitinhaber sein Schwager ist, als Festgeldanlage zur Verfügung zu stellen.

Signature *P. Mulert, Oshas*

Datum 29. Juli 1933

12681 0009 BEC

Völkischer Beobachter, (Berlin)

Nr. 210

Dr. Mulert freiflos entlassen

Berlin, 28. Juli.

Zu der gektrigen Pressenelbung, wonach das Verfahren gegen den frheren Prsidenten des Deutschen Stdtetages, Dr. Mulert, eingestellt worden sei, erfahren wir folgendes: In dem Bescheid der Staatsanwaltschaft wird ausdrcklich darauf hingewiesen, da die Vertrge, die Dr. Mulert unter bewuhter oder unbewuhter Tuschung des ehrenamtlichen Vorsitzenden des Deutschen Stdtetages schlo, zu den Krzungsvorschriften der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 in Widerspruch standen und da diese Handlungsweise vom moralischen Standpunkt zu verurteilen sei. Das Verfahren gegen Dr. Mulert ist lediglich aus formal-rechtlichen Grnden eingestellt worden. Dr. Mulert hat sich trotz seines bis dahin die Bezge eines Reichsministers bedeutend bersteigenden Gehalts um etwa 11 000 RM. bereichert. Wegen dieses unerhrten Vorganges ist Dr. Mulert freiflos entlassen worden.

Signature: *M. Oskar*

Datum: 3. Dez. 1948

12681 - 0010 BEC

Hamb. Allgemeine Zeitung

Nº 112

Acht Bezirksämter mit neuen Grenzen

Vorschläge Dr. Muhlerts zur Neuordnung der kommunalen Verwaltung

Das Gutachten des früheren Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Oskar Muhlert, über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung Hamburgs wurde den Mitgliedern des Senats als Druckschrift überreicht. Dr. Muhlert schlägt vor, das Gebiet der Hansestadt in sieben bzw. in acht Bezirksämter einzuteilen.

Danach würde sich der neue Bezirk Innenstadt aus den Bezirken der ehemaligen Ortsämter Innenstadt, St. Georg, Finkenwerder, Billstedt und der jetzt noch zu Wilhelmsburg gehörenden Ortsdienststelle Veddel zusammensetzen. Zu dem neuen Bezirk Eimsbüttel soll Lokstedt und der Ortsteil Hoheluft gehören. Das Bezirksamt Eppendorf/Winterhude, das die meisten Einwohner umfaßt, könne aufgeteilt werden. Aus verkehrstechnischen Gründen wird vorgeschlagen,

die früheren Ortsämter Alstertal und wesentliche Teile von Barmbek/Uhlenhorst den neuen Bezirksämtern Eppendorf und Winterhude zuzuschlagen. Bezirk Wandsbek soll sich aus den ehemaligen Ortsämtern Wandsbek, Rahlstedt, Alstertal und Walddörfer zusammensetzen. Für Altona sieht man eine Zusammenlegung mit den Ortsämtern Blankenese und Stellingen vor. Einem neuen Bezirk Harburg würden Wilhelmsburg und Süderelbe als Zweigstellen angehören. Für den Bezirk Bergedorf wird der Zusammenschluß mit den Vier- und Marschlanden vorgeschlagen. Die 167 Seiten umfassende Schrift enthält eine Fülle von Anregungen und sieht vor allem eine stärkere Einschaltung der Fachbehörden vor. Wir kommen auf das Gutachten noch im einzelnen zurück.

*D. 9. Rh h
n a n b 5*

12681_0012 BEC

Die Welt (Hamburg)

Nr. 3

Die Vierländer sind dagegen

Vorschlag zum Mulert-Gutachten: Bezirk 8 für Landgemeinden

„Die Welt“ eröffnet die Diskussion um das Gutachten von Dr. Mulert zur Neuordnung der regionalen Verwaltung in Hamburg mit einer Stellungnahme aus den Kreisen der Landbevölkerung. Weitere Beiträge werden folgen.

Vierländer Gemüsebauern sprechen nicht viel und kümmern sich wenig um Aufbau und Organisation ihrer Verwaltung. Hauptsache ist: sie funktioniert. Das Gutachten von Dr. Mulert indessen hat ihr Interesse geweckt und fordert ihren Widerspruch heraus. Sie sind der Meinung, daß Dr. Mulert dem Marschland an der Elbe zu wenig Bedeutung geschenkt hatte und sein Schicksal mit zwei Sätzen besiegeln wolle, obwohl es Hamburgs räumlich größtes Ortsamt ist.

Die Stellungnahme der Vierländer läßt sich mit wenigen Worten umreißen: Sie wollen nicht an Bergedorf mit seinen andersartigen, städtisch bestimmten Interessen gekoppelt werden und schlagen deshalb die Wiedereinführung der früheren Landbezirksverwaltung vor, die sich vielleicht mit der Schaffung eines gemeinsamen Bezirks für alle ländlich orientierten Teile Hamburgs verwirklichen ließe. Die Opposition der Vier- und Marschlande gegen Bergedorf — die eine Parallele findet im Widerstand des Süderelbgebietes gegen die Harburger Verwaltung — erklärt sich aus der Einrichtung der Kreisverwaltungen. Die Kreisverwaltungen wurden zusammen

mit den Ortsämtern nach der Katastrophe 1943 aus politischen Gründen gebildet. Sie sind nur in den Kreisen 8 (Harburg) und 9 (Bergedorf) bestehen geblieben und haben zu vielen Reibereien und Protesten Anlaß gegeben. Die Aussicht, daß diese „Bevormundung“ nun endgültig sanktioniert werden könnte, genügt in den Augen der Landbevölkerung bereits, um das Gutachten abzulehnen. Die Wahl der Bezirksverordneten schafft auch keinen Ausgleich, denn die dünner besiedelten Landgebiete sind zahlenmäßig den Städten hoffnungslos unterlegen und müssen immer damit rechnen, überstimmt zu werden.

Die Landherrenschaft und (nach 1938) die Landbezirksverwaltung hingegen sind in bester Erinnerung. Die Bauern hatten das Gefühl, in ihrem Landherren (oder Landbezirksbürgermeister) einen Mann zu besitzen, der ihre besonderen Interessen an höchster Stelle wirksam vertrat. Noch liegen keine ausgearbeiteten Vorschläge über den verfassungsmäßigen Einbau einer derartigen Landvertretung vor. Im Rahmen des Gutachtens wäre die einfachste Lösung die Schaffung eines achten Bezirks, der mit seiner Zentrale in der Innenstadt und mit Zweigstellen in den betreffenden Gebieten alle ländlich orientierten Ortsteile Hamburgs verwaltet, ihre besonderen Wünsche vertritt und sie davor schützt, Anhängsel der benachbarten Städte zu sein.

gm

Die Welt (Hamburg)

Nr. 10

Ein neuer Vorschlag: Bezirke II. Ordnung

Ländliche Randgebiete wollen keine Anhängsel werden – Diskussion um das Mulert-Gutachten

„Die Welt“ setzt die Diskussion um das Gutachten von Dr. Mulert zur Neuordnung der regionalen Verwaltung mit Stellungnahmen und Vorschlägen aus dem Kreis der Ortsämter fort.

In den Randgebieten der Hansestadt wird der Mulert-Plan mit größerer Anteilnahme erörtert als in der Innenstadt. Der Grund liegt nahe: Man fürchtet, zu Anhängseln der dichtbevölkerten Industriebezirke degradiert zu werden. Die ländlich orientierten Ortsteile umfassen zwar 50 vH des hamburgischen Staatsgebietes, dürfen aber (dem Gutachten zufolge) nur 20 vH der Abgeordneten zu den Bezirksausschüssen entsenden.

Wie läßt sich das Eigenleben der ländlichen Außenbezirke wahren, ohne daß dies zu einer Zersplitterung und zur Arbeitsunfähigkeit der Verwaltung führt? Der Beratende Ausschuß beim Ortsamt Süderelbe diskutierte einen beachtenswerten Vorschlag.

Dr. Mulert — so argumentierte man — will die Ortsämter als Zweigstellen für den Publikumsverkehr innerhalb der Bezirksämter bestehen lassen. Wie wäre es, wenn man Ortsämtern, die sich nur mit Gewalt in das Schema der neuen sieben Bezirke einordnen lassen, die Verfassung eines „Bezirks II. Ordnung“ gibt? Der Vorschlag geht dahin, daß diese

Bezirke (entsprechend ihrer geringeren Einwohnerzahl) einen kleineren Verwaltungsapparat erhalten als die größeren Ämter. Die Arbeiten des Schul-, Gesundheits- und Jugendamtes könnten in fachlicher Hinsicht von dem benachbarten Bezirk I. Ordnung mitbetreut werden. Wichtig ist nur, daß auch die kleinen Bezirke einen eigenen Haushaltsplan erhalten, einen eigenen Ausschuß mit Beschlußrecht wählen und sich intensiv für die besonderen Interessen ihrer ländlichen Bevölkerung einsetzen können.

Hier wird ein gangbarer Weg gezeigt. Die Forderung nach Sparsamkeit in der Verwaltung bleibt — durch die Personalunion mit dem Nachbarbezirk in verschiedenen Fachgebieten — gewahrt, aber die Gefahr einer unerwünschten Abhängigkeit ist durch den eigenen Etat und den direkten Weg nach „oben“ beseitigt.

Das gleiche Problem bewegt auch die leitenden Männer der andern Ortsteile. Ortsamtsleiter Düsedau in Billstedt äußerte sich wie folgt:

Es wird Zeit, daß der einzelne Bürger die Stadtverwaltung nicht mehr als eine Vielzahl unzusammenhängender Dienststellen kennenlernt, sondern daß er sich in seinem Stadtteil mit allen Wünschen

und Anfragen an eine einzige Stelle wenden kann. Sie allein soll ihn beraten, wenn eine behördliche Stellungnahme erforderlich ist. Damit verkürzt sich der Instanzenzug, und die Verbindung zwischen Verwaltung und Bevölkerung wird unmittelbar, persönlich und unbürokratisch. Falsch wäre es (nach meiner Ansicht), die neuzuschaffenden Bezirke schematisch nach den gegenwärtigen Einwohnerzahlen abzugrenzen. Zusammengehören können nur jene Stadtteile, die in ihrer wirtschaftlichen Struktur gleichartig gestaltet sind und in denen die Bevölkerung sich auch miteinander verbunden fühlt. Der Mammutbezirk von Finkenwerder bis Billstedt kann nur eine künstliche Konstruktion sein, denn die Interessen und Belange der City unterscheiden sich wesentlich von denen der Randgebiete. Ein Innenstadtbewohner wird immer aus einem andern Gesichtspunkt heraus urteilen als ein Stadtrand-siedler in Billstedt. Dem muß die Bezirkseinteilung Rechnung tragen.

In den Ortsämtern St. Georg und Barmbek-Uhlenhorst stimmten die Mitglieder der Beratenden Ausschüsse grundsätzlich dem Mulert-Gutachten zu, behielten sich aber den Entscheid über einzelne Vorschläge noch vor. gm.

P

Mulert
B. B. B. B.

26. Jan. 1949

12681_0015 BEC

Hamburger Allgemeine Zeitung (Hamburg)

Nr. 11

Landgemeinden gegen Mulert-Plan

Der Beratende Ausschuß der Gemeinde Kirchwälder (Ortsamt Vier- und Marschlande) hat in einer Entschließung erklärt, daß das Landgebiet sich niemals mit dem Mulertschen Plan abfinden könne. Es wird gefordert, daß die Landgemeinden wieder wie früher in eine Landherrenschaft zusammengefaßt werden. Andernfalls sollte man die drei großen Landgebiete zu selbständigen Kreisen machen oder auch für die Gemeinden einen Gemeindeverband (Ortsamt) einrichten und die Gemeindeverbände zu einem Kreis zusammenschließen. Wenn der Mulertsche Plan Wirklichkeit werden sollte, so hätte damit die Selbstverwaltung der Gemeinden und des Landgebiets praktisch aufgehört.

12681 0016

BEC

Hamburger Echo

Nr. 12

Der Lichtwarkausschuß zum Mulert-Plan

Im Verkehrsausschuß des Lichtwarkausschusses brachte der Vorsitzende Danner, Präsident des Amtes für Verkehr, einige kritische Gedanken zum Mulert-Gutachten und über die Neuordnung der hamburgischen Verwaltung zum Ausdruck. Es sei z. B. bei der Einteilung der Stadt in sieben Bezirke zu wenig Rücksicht auf die gegebenen Verkehrsverhältnisse genommen worden. Besonders unglücklich nannte der Redner einen Bezirk, der sich von Billstedt über die Innenstadt bis Finkenwerder erstreckt.

Der Präsident schlägt folgende 12 Bezirke vor:

1. Innenstadt als ausgesprochene City, wie sie die Ergebnisse des Preisausschreibens für die Neugestaltung der Innenstadt vorsehen. Damit alle hier an der Verwaltung interessierten Kreise mitarbeiten können, sollte man außer den Bewohnern auch den Inhabern, Geschäftsführern und Betriebsräten der hier ansässigen Firmen das Wahlrecht zum Bezirksausschuß geben.
2. Altona mit St. Pauli, dazu die längs der zu verlängernden Linie 31 liegenden Ortsteile Bahrenfeld und Lurup.
3. Elbgemeinden, 4. Eimsbüttel mit Stellingen und Eidelstedt längs der Linie 3.
5. Eppendorf mit Hoheluft, Lokstedt und Harvestehude mit dem Restgebiet westlich der Alster und den Verkehrsadern Linie 22, 18 und Hochbahn.
6. Winterhude-Barmbek-Uhlenhorst längs den Linien 18 und 6.
7. St. Georg-Billstedt längs der Linie 16.
8. Wandsbek mit Bramfeld und Rahlstedt.
9. Walddörfer, 10. Wilhelmsburg-Hafen längs der Linie 35, dazu Veddel und Neuhoft. Die Elbinsel sei das Gebiet für Hafenerweiterungen und Industrieanlagen. Auch hier schlägt Danner vor, Inhabern, Geschäftsführern und Betriebsräten der Hafenbetriebe das Wahlrecht zum Bezirksausschuß zu verleihen.
11. Harburg mit seinen Obuslinien und 12. Bergedorf-Vierlande.

P

Mulert
Dr. Becker

Datum 3 Feb. 1949

12681 0017 BEC

Niederdeutsche Zeitung (Hamburg)

Nr. 14

Süderelbe gegen Mulert

Wie wir bereits in unserer ersten Stellungnahme zu dem Vorschlag für Hamburgs Verwaltungsreform des früheren Präsidenten des Deutschen und Preußischen Städtetages, Dr. Mulert, als wahrscheinlich angekündigten (vergl. Nr. 112 v. 7. 12. 48), hat sich das Ortsamt Süderelbe, das das hamburgische Obstbaugebiet einschließt, jetzt gegen eine Zusammenfassung mit dem Stadtteil Harburg zu einem Verwaltungsbezirk erklärt. Es wird betont, daß die Struktur des gesamten Süderelbe-Gebietes eine gewisse Selbständigkeit innerhalb des hamburgischen Staatsgebildes erfordere. Ebenso hat die ehemalige Stadt Harburg sich gegen die für sie geplante Organisationsform erklärt, und die Vertreter ihrer Parteien und Verbände haben einmütig festgestellt, daß eine Form gefunden werden muß, die es den Gemeinden ermöglicht, im Staatsverband Hamburg ihr selbständiges eigenständiges Leben zu führen.

12681 DO 18 BEC

Die Welt (Hamburg)

Nr. 14

Lebensfrage: Die große Linie

Bedenken der zentralen Fachbehörden gegen den Mulert-Plan — Grenzen des Eigenlebens

„Die Welt“ setzt die Diskussion um die Dezentralisierung der Verwaltung nach dem Mulert-Gutachten mit Einwendungen und Bedenken aus dem Kreis der zentralen Fachbehörden fort.

Wer heute, selbst aus bester, anständiger Überzeugung, den Zentralismus als Regierungsform vertritt, gerät in Gefahr, als rückschrittlich, engstirnig, vielleicht sogar als machthungrig diffamiert zu werden. Es scheint, als entginge nicht einmal die innerbehördliche Auseinandersetzung, um Wert und Unwert des Mulert-Gutachtens, diesem Abgleiten in vergrößernde dogmatische Polemik. Das Interesse der (steuerzahlenden) Bevölkerung verlangt aber ein unvoreingenommenes, sachliches Abwägen des Für und Wider. Wenn schon Anlaß besteht, Dr. Mulert einer „gebundenen Marschroute“ zu ziehen — der gesetzlichen Verwirklichung darf dieser Vorwurf nicht mehr anhaften.

Zwei Wege — zwei Gegensätze

Zwei Ausgangspunkte für die Aufgaben einer hamburgischen Staatsverwaltung stehen sich gegenüber und schließen zunächst einander aus:

1. Muß das Streben der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen nach Mitbestimmung und „Selbstregierung“ im eigenen kleinen Kreise oberstes Ziel sein oder ist es

2. notwendiger, den Wiederaufbau der Hansestadt allein unter dem gesamthamburgischen Gesichtswinkel und — wenn nötig — unter Vernachlässigung partikularer Interessen voranzutreiben?

Der erste (dezentralistische) Weg kommt zweifellos den Wünschen der Bevölkerung entgegen, muß aber in der Praxis eine Vergrößerung des Verwaltungsapparates in personeller und sachlicher Hinsicht in Kauf nehmen und konsequenterweise darauf verzichten, große und vordringliche Aufgaben unter Vereinigung aller vorhandenen Mittel schwerpunktmäßig zu erledigen. Die Bemühungen aller Bezirksvertretungen, für sich jeweils das meiste herauszuholen, würden zwar ebenfalls dem Aufbau dienen, jedoch unvermeidlich zu einer Zersplitterung der finanziellen und technischen Mittel führen.

Die zweite (dezentralistische) Art der Verwaltung stützt sich auf einen Beamtenkörper von spezialisierten Fachleuten — wie er sich nur für den Gesamtstaat lohnt — und kann mit ihm alle anfallenden Aufgaben ohne zeit- und geld-

raubende Doppelarbeit und ohne Rücksicht auf lokale Eigeninteressen durchführen. Der „Volksnähe“ ist dies vermutlich abträglich, die bisherigen Erfolge sprechen aber dafür. Kann man sich Stadtplanung, Trümmerbeseitigung und Aufräumung, Stadtentwässerung, Stadtreinigung, Müllabfuhr auf der Grundlage bezirklicher Eigenwünsche vorstellen, ohne daß dies dem Gesamtinteresse schaden müßte?

Wo ist der vernünftige Kompromiß?

Diese Argumente, die sich nicht nur aus dem Arbeitsbereich der Baubehörde, sondern auch dem der andern Zentralbehörden beliebig vermehren ließen, erklären die ablehnende Haltung zahlreicher führender Beamten zum Gutachten Dr. Mulerts. Viele dieser Männer halten es für unvereinbar mit ihrer Stellung als Diener des Staates, öffentlich in die Diskussion einzugreifen — und nähren damit ungewollt den Verdacht, wider bessere Einsicht, lediglich um der Verteidigung ihrer eigenen Position willen, dagegen zu sein. Es wäre bedauerlich, wenn dieses verständliche Zögern Anlaß gäbe zu vorschnellen Urteilen.

Wer die Argumente beider Seiten gehört hat — der „zentralistischen“ wie der „dezentralistischen“ —, ermißt die Gefahr, daß parteiische Polemik den Blick für die realen Notwendigkeiten trüben könnte. Was not tut, ist das unvoreingenommene, sachliche Gespräch zwischen beiden Parteien. Unsere führenden Männer werden sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, dies versäumt zu haben.

Verschiedenen Tatsachen ist dabei Rechnung zu tragen: Hamburg hat nach der Eingemeindung 1937 Städte mit ausgeprägtem Eigenleben in sich aufgenommen. Die improvisierte Bildung der Ortsämter nach der Katastrophe 1943 gab dem Wunsch nach einer gewissen Aufrechterhaltung dieses Eigenlebens keine gültige Rechtsgrundlage. Der Hinweis auf das Funktionieren der zentralen Verwaltung vor 1937 ist nicht stichhaltig; denn Hamburgs Staatsgebiet erhöhte sich durch die Eingemeindungen um 80 vH, seine Bevölkerung um 40 vH, außerdem verlangt die demokratische Staatsauffassung eine verstärkte Einschaltung der Bevölkerung in die Verwaltung.

Dieses Streben muß jedoch da seine Grenzen finden, wo es einen finanziellen Luxus darstellen und wo es die Arbeitsfähigkeit sowie die gesamthamburgische

Disposition der Behördenspitze lähmen würde. Für die gegenseitige Angleichung beider Auffassungen gibt es kein generelles Kompromißrezept. Aber es muß möglich sein, die zweckmäßigste Lösung für alle Behörden von Fall zu Fall vernünftig auszuhandeln. gm.

Altona und Rahlstedt

Regierungsdirektor Kirch forderte im Beratenden Ausschuß Altona die Schaffung einer vernünftigen Verwaltung in Bezirken, die sich ohne Schwierigkeiten überblicken lassen und die die Bürger zur Mitarbeit anregen. Die Ausschußmitglieder erklärten sich für eine grundsätzliche Zustimmung zum Mulert-Gutachten und verlangten eine baldige Entscheidung. — Der Beratende Ausschuß Rahlstedt billigte die Bezirkseinteilung unter der Voraussetzung, daß auch die Ortsämter Alstertal und Walddörfer beim Bezirk Wandsbek verbleiben. gm.

Harburg stimmt grundsätzlich zu

„Der Beratende Ausschuß des Ortsamtes Harburg stimmt dem Mulertischen Gutachten nur grundsätzlich zu. Er behält sich vor, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen.“ In der Diskussion über diese von den Vertretern aller Parteien in der letzten Sitzung des Beratenden Ausschusses unter Vorsitz von Senator Höhle einstimmt gefaßte Entschließung kam zum Ausdruck, daß in einzelnen Punkten Harburgs Belange mehr Berücksichtigung finden müßten. Entsprechende Vorschläge werden den Ausschüssen der Bürgerschaft zugeleitet werden. d

12681 0019 BEC

Hamburger Echo

Nr. 15

Wahlberechtigt an zwei Orten?

Anregungen zum Mulert-Plan

Die Aussprache über eine Neuordnung der hamburgischen Verwaltung, die durch den Mulert-Plan angeregt wurde, hat bereits in weiten Kreisen der Bevölkerung zu lebhaften Meinungsäußerungen geführt, die deutlich das große Interesse an einer Neuordnung der Verwaltung erkennen lassen. Bemerkenswert ist dabei, daß sich der Kreis jener vermehrt, die zustimmend zu dem Mulert-Gutachten Stellung nehmen, wenngleich dabei sehr viele Abänderungswünsche laut werden.

Neuartig ist zum Beispiel der Vorschlag des Präsidenten des Amtes für Verkehr, Danner — über den kürzlich bereits berichtet wurde —, der insofern von allen anderen Meinungen abweicht, als er einen besonders gearteten Bezirk Innenstadt (und auch Wilhelmsburg) schaffen will, in dem es zweierlei Arten von Wählern geben soll. Der Bezirk Innenstadt soll das Gebiet der sogenannten City umfassen. Dort sollen aber nicht nur die Bewohner, sondern auch die Geschäftsleute, Firmen und Betriebsräte ein Stimmrecht erhalten. Ein gleiches fordert Präsident Danner für Wilhelmsburg und Finkenwerder, dem künftig bedeutungsvollsten Hamburger Industriegebiet, was natürlich sehr weitgehende Konsequenzen für die ganze Struktur der Selbstverwaltung haben würde, weil man dadurch Wählergruppen schafft, die an zwei verschiedenen Orten wahlberechtigt — im Geschäftsviertel und im Wohnbezirk — und also bevorzugt sind. Präsident Danner schlägt weiter vor, im Gegensatz zum Mulert-Gutachten eine dezentrierte Verwaltung nach Wiener Muster durchzuführen.

Einen noch anderen Weg will ein Vorschlag gehen, den Regierungspräsident Dr. Harm, Lüneburg, ausgearbeitet hat. Dr. Harm ist das jetzige System der bezirklichen Selbstverwaltung nicht weitgehend genug. Wenn man nicht den Stadtstaat Hamburg in eine ganze Reihe wirklicher Selbstverwaltungskörper mit beschließenden und gestaltenden Funktionen auflösen will (womit allerdings eine beträchtliche Erhöhung der Verwaltungsunkosten verbunden wäre), so meint er, dann wäre es vielleicht denkbar, durch eine Vergrößerung der Zahl der Bürgerschaftsabgeordneten, etwa wie früher auf 160 statt jetzt 110, eine stärkere und unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an den städtischen Angelegenheiten in echter Selbstverwaltung herbeizuführen.

1 2 6 8 1 - 0620 BEC

Hamburger Freie Presse

Nr. 15 — — —

Grundsätzliche Annahme mit „Empfehlungen“

Der Beratende Ausschuß im Ortsamt Eimsbüttel kam nach gründlicher Beratung zu folgender Stellungnahme zu dem Mulertschen Gutachten: Grundsätzliche Zustimmung zu den in ihm entwickelten Grundsätzen der kommunalen Verwaltung Hamburgs unter Betonung der Notwendigkeit ihrer Verankerung in der Verfassung. Seine von den Bedürfnissen des Stadtteils bestimmte Meinung in Einzelfragen legte er in einer Reihe von „Empfehlungen“ fest, deren wichtigste die folgenden sind:

Vereinigung der Zweigstellen Stellingen und Hoheluft aus verkehrstechnischen Gründen mit Eimsbüttel; Erweiterung des Landesausschusses durch zwei gewählte Mitglieder des Bezirksausschusses, die nicht Mitglieder der Bürgerschaft sind; einheitliche

Finanzverwaltung; Vermehrung der sechs Straßenverkehrsämter entsprechend der Zahl der Bezirksämter; Einfluß der Bevölkerung in Wohnungsfragen, daher Verlagerung bestimmter Aufgaben des Wohnwirtschaftsamts in die Bezirksämter, Bildung eines Beschwerdeausschusses aus Mitgliedern der Bevölkerung im Bezirksamt; im Bereich der Gesundheitsverwaltung keine Zusammenfassung der drei Innenstadtämter, sondern ihre Eingliederung in die Bezirke, mehr Beratungsstellen; Mitbestimmungsrecht der aus nicht mehr als 40 Mitgliedern bestehenden, nach dem Verhältniswahlrecht zu wählenden Bezirksausschüsse in Personalfragen; Auswahl der Bezirksleiter durch den Senat im Einvernehmen mit den Bezirksämtern, zur Aufstellung unabhängiger Kandidaten sind 500 Unterschriften erforderlich.

16 Feb. 1949

1 2 6 8 1 0021 BEC

Hamburger Allgemeine Zeitung (Hamburg)

Nr. 20

„Landgemeinden gegen Mulert-Plan“

Zu unserer Notiz vom 26.1. „Landgemeinden gegen Mulert-Plan“ teilen wir mit, daß es sich bei der Entschließung nicht um einen Beschluß des Beratenden Ausschusses handelt, sondern um einen von den CDU-Vertretern gestellten Antrag. Der Beratende Ausschuß hat beschlossen, 3 Vertreter des Ortsausschusses in eine im Ortsamt Vier- und Marschlande vorgesehene Arbeitsgemeinschaft zu entsenden.

23. Apr. 1949

12681 0022 BEC

Die Welt (Hamburg)

47

Nr.

Mulert-Plan setzt sich durch

SPD für Annahme — Senat veröffentlicht Gesetzentwürfe

Die Beratungen über die künftige Gestalt der hamburgischen Kommunalverwaltung sind in ihr entscheidendes Stadium getreten. Drei verschiedene Gesetzesvorschläge liegen seit Mitte März einer Senatskommission unter Vorsitz von Bürgermeister Koch zur weiteren Bearbeitung vor (vgl. „Die Welt“ Nr. 34 vom 22. März) und werden jetzt als 64 Seiten starke Broschüre veröffentlicht: ein Referentenentwurf des Amtes für regionale Verwaltung auf der Grundlage des Gutachtens von Dr. Mulert sowie je ein Entwurf von Senator Nr. Nevermann und von Senator Frank. Wie inoffiziell bekannt wird, hat sich die SPD-Fraktion eindeutig für die Durchführung der Mulertschen Vorschläge entschieden, so daß damit das Urteil über die anderen beiden Entwürfe gefällt sein dürfte.

Drei widerstrebende Ansichten

Während der zurückliegenden vier Monate wurden die Gedankengänge Dr. Mulerts, der die Verkleinerung des Aufgabenbereichs der zentralen Fachbehörden zugunsten einer Instanz neuzuschaffender Bezirke mit stärkerer Beteiligung ehrenamtlicher Kräfte aus der Bevölkerung forderte, bei allen Dienststellen der Verwaltung lebhaft diskutiert. Es zeigte sich, daß die Vertretungen der Ortsämter diesen Plan grundsätzlich guthießen, lediglich die Bezirksabgrenzungen waren Gegenstand von Abänderungswünschen.

Im Gegensatz dazu lehnten die Vertreter der Fachbehörden jegliche Dezentralisierung ab und erhoben schwerwiegende Bedenken gegen ihre Durchführung. Darüber hinaus wurde aus Kreisen der ländlichen Bevölkerung der Wunsch laut, die bis 1937 bestehende Landherrenschaft bzw. Landbezirksverwaltung wieder einzuführen. Diese abweichenden Ansichten fanden ihren Niederschlag in den Entwürfen von Senator Dr. Nevermann (für die Fachbehörden) und Senator Frank (für die Landbezirksverwaltung).

Nevermann: Starke Zentralgewalt

Senator Nevermann schlägt für das Gebiet der Hansestadt die Schaffung eines großen Innenstadtbezirkes und von neun Vorortbezirken für die Elbdörfer, Stellingen-Lokstedt, Alstertal, Walddörfer, Rahlstedt, Bergedorf, Vier- und Marschlande, Harburg und Süderelbe vor. Der Stadtbezirk, der außer der eigentlichen City auch Wandsbek, Billstedt, Wilhelmsburg, Finkenwerder und Altona umschließt, soll ohne Zwischeninstanz direkt von den Fachbehörden verwaltet werden. In den Außengebieten sollen die Fachbehörden nach Bedarf ihnen unterstehende Abteilungen errichten und sie jeweils zu Bezirksämtern zusammenfassen.

Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung beschränkt sich in der Innenstadt lediglich auf die bereits bestehenden Deputationen der Fachbehörden. In den Außenbezirken werden fünfzehnköpfige Bezirksdeputationen gebildet, die von der Bürgerschaft zu wählen sind. Eine Behörde für regionale Verwaltung übt die

Aufsicht über die Vorortbezirke aus; ihre Deputation setzt sich im wesentlichen aus Mitgliedern der Bezirksdeputationen zusammen. Für Harburg empfiehlt Dr. Nevermann eine Sonderregelung, die den Wunsch nach erhöhter Selbständigkeit erfüllt.

Frank: Wieder Landherrenschaft

Senator Frank schlägt die Aufgliederung des hamburgischen Staatsgebietes in zwei Kreise vor, den Kreis I (Innenbezirk) für das geschlossen bebaute Gebiet und den Kreis II (Randgebiet) für die vorwiegend ländlichen, kleinstädtischen und weit gelockerten Siedlungsgebiete. Innerhalb des Kreises I werden acht Bezirke geschaffen, innerhalb des Kreises II neunzehn Bezirke. (Sowohl Harburg, Bergedorf und Blankenese als auch Francop-Neuenfelde, Allermöhe und Ochsenwerder sind nach diesem Vorschlag selbständige Bezirke.) Die Randgebiets-Bezirke erhalten bei Senator Frank sogar ein echtes Staatsrecht, wobei ein innerhamburgischer Finanzausgleich zugrundegelegt wird.

Für die Dezentralisierung

Wenn sich, wie verlautet, die SPD-Fraktion für die Durchführung der Mulertschen Vorschläge entschieden hat — die Beschlüsse der anderen Fraktionen stehen noch aus —, so kommt darin der Wunsch zum Ausdruck, das gesamte Staatsgebiet nach einheitlichen Grundsätzen zu verwalten. Die Fachbehörden sollen sich wie Landesministerien auf das Weisungsrecht beschränken. Die Ausführung der Anordnungen liegt bei den Bezirken, die Bevölkerung erhält ein vergrößertes Mitbestimmungsrecht und wächst somit in die Praxis eines demokratischen Staatsgebildes hinein. Innenstadt wie Randgebiete haben gleiche Rechte und Pflichten.

23. Apr. 1949

12681 0022 BEC

Die Welt (Hamburg)

47

Nr.

Mulert-Plan setzt sich durch

SPD für Annahme — Senat veröffentlicht Gesetzentwürfe

Die Beratungen über die künftige Gestalt der hamburgischen Kommunalverwaltung sind in ihr entscheidendes Stadium getreten. Drei verschiedene Gesetzentwürfe liegen seit Mitte März einer Senatskommission unter Vorsitz von Bürgermeister Koch zur weiteren Bearbeitung vor (vgl. „Die Welt“ Nr. 34 vom 22. März) und werden jetzt als 64 Seiten starke Broschüre veröffentlicht: ein Referentenentwurf des Amtes für regionale Verwaltung auf der Grundlage des Gutachtens von Dr. Mulert sowie je ein Entwurf von Senator Dr. Nevermann und von Senator Frank. Wie inoffiziell bekannt wird, hat sich die SPD-Fraktion eindeutig für die Durchführung der Mulertschen Vorschläge entschieden, so daß damit das Urteil über die anderen beiden Entwürfe gefällt sein dürfte.

Drei widerstrebende Ansichten

Während der zurückliegenden vier Monate wurden die Gedankengänge Dr. Mulerts, der die Verkleinerung des Aufgabenbereichs der zentralen Fachbehörden zugunsten einer Instanz neuzuschaffender Bezirke mit stärkerer Beteiligung ehrenamtlicher Kräfte aus der Bevölkerung forderte, bei allen Dienststellen der Verwaltung lebhaft diskutiert. Es zeigte sich, daß die Vertretungen der Ortsämter diesen Plan grundsätzlich guthießen, lediglich die Bezirksabgrenzungen waren Gegenstand von Abänderungswünschen.

Im Gegensatz dazu lehnten die Vertreter der Fachbehörden jegliche Dezentralisierung ab und erhoben schwerwiegende Bedenken gegen ihre Durchführung. Darüber hinaus wurde aus Kreisen der ländlichen Bevölkerung der Wunsch laut, die bis 1937 bestehende Landherrenschaft bzw. Landbezirksverwaltung wieder einzuführen. Diese abweichenden Ansichten fanden ihren Niederschlag in den Entwürfen von Senator Dr. Nevermann (für die Fachbehörden) und Senator Frank (für die Landbezirksverwaltung).

Nevermann: Starke Zentralgewalt

Senator Nevermann schlägt für das Gebiet der Hansestadt die Schaffung eines großen Innenstadtbezirkes und von neun Vorortbezirken für die Elbdörfer, Stellingen-Lokstedt, Alstertal, Walddörfer, Rahlstedt, Bergedorf, Vier- und Marschlande, Harburg und Süderelbe vor. Der Stadtbezirk, der außer der eigentlichen City auch Wandsbek, Billstedt, Wilhelmsburg, Finkenwerder und Altona umschließt, soll ohne Zwischeninstanz direkt von den Fachbehörden verwaltet werden. In den Außengebieten sollen die Fachbehörden nach Bedarf ihnen unterstehende Abteilungen errichten und sie jeweils zu Bezirksämtern zusammenfassen.

Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung beschränkt sich in der Innenstadt lediglich auf die bereits bestehenden Deputationen der Fachbehörden. In den Außenbezirken werden fünfzehnköpfige Bezirksdeputationen gebildet, die von der Bürgerschaft zu wählen sind. Eine Behörde für regionale Verwaltung übt die

Aufsicht über die Vorortbezirke aus; ihre Deputation setzt sich im wesentlichen aus Mitgliedern der Bezirksdeputationen zusammen. Für Harburg empfiehlt Dr. Nevermann eine Sonderregelung, die den Wunsch nach erhöhter Selbständigkeit erfüllt.

Frank: Wieder Landherrenschaft

Senator Frank schlägt die Aufgliederung des hamburgischen Staatsgebietes in zwei Kreise vor, den Kreis I (Innenbezirk) für das geschlossen bebaute Gebiet und den Kreis II (Randgebiet) für die vorwiegend ländlichen, kleinstädtischen und weit gelockerten Siedlungsgebiete. Innerhalb des Kreises I werden acht Bezirke geschaffen, innerhalb des Kreises II neunzehn Bezirke. (Sowohl Harburg, Bergedorf und Blankenese als auch Francop-Neuenfelde, Allermöhe und Ochsenwerder sind nach diesem Vorschlag selbständige Bezirke.) Die Randgebiets-Bezirke erhalten bei Senator Frank sogar ein echtes Staatsrecht, wobei ein innerhamburgischer Finanzausgleich zugrundegelegt wird.

Für die Dezentralisierung

Wenn sich, wie verlautet, die SPD-Fraktion für die Durchführung der Mulertschen Vorschläge entschieden hat — die Beschlüsse der anderen Fraktionen stehen noch aus —, so kommt darin der Wunsch zum Ausdruck, das gesamte Staatsgebiet nach einheitlichen Grundsätzen zu verwalten. Die Fachbehörden sollen sich wie Landesministerien auf das Weisungsrecht beschränken. Die Ausführung der Anordnungen liegt bei den Bezirken, die Bevölkerung erhält ein vergrößertes Mitbestimmungsrecht und wächst somit in die Praxis eines demokratischen Staatsgebildes hinein. Innenstadt wie Randgebiete haben gleiche Rechte und Pflichten.